

**22.4447****Motion Zanetti Roberto.
Sichern des metallischen
Materialkreislaufs in der Schweiz****Motion Zanetti Roberto.
Soutenir l'industrie du métal
en Suisse**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.03.23

Antrag Stark

Zuweisung der Motion 22.4447 an die zuständige Kommission zur Vorprüfung.

Proposition Stark

Transmettre la motion 22.4447 à la commission compétente pour examen préalable.

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Der Ordnungsantrag Stark ist zurückgezogen worden.*Zurückgezogen – Retiré***Präsidentin** (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Damit kommen wir zur materiellen Behandlung der Motion. Der Bundesrat beantragt, sie abzulehnen.**Zanetti Roberto** (S, SO): Vorneweg möchte ich Kollege Stark herzlich danken, dass er den Ordnungsantrag zurückgezogen hat. Das Geschäft ist nämlich nicht zuletzt auch ziemlich zeitkritisch. Ich glaube, das dient der Sache. Er war übrigens Mitunterzeichner dieses Vorstosses, weshalb er die Problematik und wahrscheinlich auch die zeitliche Dringlichkeit sieht.

Zweite Vorbemerkung: Sie wissen – oder nein, ich sage es Ihnen –, ich bin in Gerlafingen aufgewachsen und war während zehn Jahren Gemeindepräsident in Gerlafingen. In meinem Votum wird das Stahlwerk Gerlafingen prominent vorkommen, weil ich dieses kenne, weil ich die Geschichte kenne und weil ich die Zahlen ein bisschen kenne.

Damit komme ich zur dritten Vorbemerkung: Selbstverständlich zielt dieser Vorstoss nicht bloss auf das Stahlwerk Gerlafingen, sondern auf die ganze Metallindustrie und sogar auf alle energieintensiven Unternehmen. Das betone ich zuhanden des Amtlichen Bulletins, der Geschichtsbücher und der Materialien: Es geht um alle energieintensiven Unternehmen. Das ist so gemeint.

Der Vorstoss ist so formuliert, wie er vorliegt, weil er parallel dazu auch im Nationalrat eingereicht worden ist. Wir haben bewusst darauf geachtet, die gleichen Formulierungen zu wählen, sodass daraus allenfalls auch eine Verfahrensbeschleunigung resultieren kann. Hier im Rat haben erfreulicherweise 29 Kolleginnen und Kollegen mitunterzeichnet. Im Nationalrat ist der Vorstoss von Kollegin Diana Gutjahr eingereicht worden, auch unterzeichnet von Mitgliedern der ganzen politischen Palette. Sie sehen, es ist kein etatistischer oder protektionistischer oder was auch immer Vorstoss. Er steht ideologisch auf einer breiten Palette.

Ich habe es gesagt: Ich werde mich auf das Stahlwerk Gerlafingen konzentrieren, weil ich da ein bisschen die Geschichte kenne.

Im Vorfeld hat mich ein Kollege gefragt, ob ich bei diesem Stahlwerk Aktien hätte. Ich kann sagen: Ich habe nie Aktien besessen, ich besitze keine Aktien und habe auch sonst keinerlei ökonomische Beziehungen zu diesem Werk. Was ich habe, ist eine biografische und emotionale Beziehung. Mein Vater und die Väter meiner Schulkolleginnen und -kollegen haben im Stahlwerk gearbeitet. In meiner Jugendzeit arbeiteten dort über 3000 Mitarbeitende. Mein Dorf Gerlafingen ist

**AB 2023 S 260 / BO 2023 E 260**

ohne das Stahlwerk schlicht und einfach nicht vorzustellen. Ich habe seinerzeit als Gemeindepräsident einmal gesagt, es wäre ein unbedeutendes Kaff im Mittelland. Das hat man mir übel genommen. Aber es ist so: Gerlafingen und Stahlwerk gehören zusammen, das ist meine emotionale und biografische Beziehung zum Werk.

Während meiner Zeit als Gemeindepräsident hat man die Schliessung des Stahlwerks beschlossen – nicht angekündigt, sondern beschlossen. Der Kanton hat eher etwas geschlafen. Die Belegschaft, die Gemeindebeholden und die Bevölkerung haben Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um diesen Schliessungsentscheid zu kippen. Das ist am Schluss auch tatsächlich passiert. Der damalige Verwaltungsrat hat unter der Leitung von Robert A. Jeker diesen Schliessungsentscheid überprüft und schliesslich auch zurückgenommen. Seither, das war 1996, sind Hunderte von Millionen Franken in dieses Werk investiert worden, und es produziert munter weiter.

Ich habe mich damals als Gemeindepräsident stark dafür eingesetzt. Man hat mir vorgeworfen, ich würde Dinosaurierindustrien begünstigen, die hätten sich eh überlebt. Da hatten ein paar Fantastinnen und Fantasten die Idee, das Stahlzeitalter sei überwunden, das brauche es nicht mehr. Das ist natürlich Blödsinn. Die Stahlindustrie ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft; ich werde darauf zurückkommen.

Ich sage es noch einmal: Hunderte Millionen Franken sind investiert worden, zudem werden Hunderttausende Tonnen Schrott weiterverarbeitet und Hunderttausende Tonnen Baustahl produziert. Dieses Jahr feiert das Werk übrigens sein 200-jähriges Bestehen; das ganze Dorf wird mitfeiern, und soviel ich weiss, wird sogar eine Vertretung des Bundesrates an der Feier teilnehmen. Damit wird ja auch der Bedeutung des Werks die Reverenz erwiesen.

Es gibt aber auch völlig rationale Gründe, die für die Erhaltung des Stahlwerks sprechen. Ich habe es erwähnt: Allein in Gerlafingen, wobei es ja noch mindestens ein anderes Stahlwerk gibt, werden 800 000 Tonnen Schrott rezykliert, und zwar zu rund 700 000 Tonnen Bau- und Profilstahl, zu 90 000 Tonnen EOS-Granulat – das ist aufbereitete Elektroofenschlacke und damit ein Sekundärbaustoff – und zu 10 000 Tonnen Zinkstaub. Damit ist die Stahl Gerlafingen AG das grösste Recyclingwerk der ganzen Schweiz.

Was würde passieren, wenn das Stahlwerk aufgrund der aktuellen Energiepreissituation und der Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der europäischen Konkurrenz dichtmachen müsste, d. h., wenn das Werk ökonomisch nicht mehr überleben könnte? Der in der Schweiz anfallende Schrott müsste irgendwo gesammelt werden, und wahrscheinlich würde man das in Gerlafingen tun, da dort die Infrastruktur vorhanden ist. Danach müsste der Schrott entweder nach Süddeutschland oder nach Norditalien exportiert werden; Süddeutschland ist 100 Kilometer entfernt, Norditalien 400 bis 600 Kilometer. Dort würde der Schrott eingeschmolzen und anschliessend als Baustahl reimportiert. Das heisst, 800 000 Tonnen Schrott würden in über 30 000 40-Tonner-Lastwagen exportiert und 700 000 Tonnen Baustahl in knapp unter 30 000 Lastwagen wieder importiert.

Ich habe das einmal überschlagen: Bei einer angenommenen Durchschnittsdistanz von 300 Kilometern käme man auf 60 000 Fahrten à 300 Kilometer. Das ergäbe 18 Millionen Kilometer, was 450 Fahrten rund um die Erde wären. Unter Berücksichtigung von Sonntagsfahrverboten sowie Ferien- und Feiertageinschränkungen wären das täglich zwei Lastwagen, die um die ganze Welt fahren würden. Das wäre ökonomischer Schwachsinn und ökologisch nicht nur schwachsinig, sondern ein Verbrechen, ganz abgesehen davon, dass die Versorgungssicherheit unseres Landes mit Baustahl keineswegs gesichert wäre.

Der Stahlmarkt ist sehr konjunkturabhängig, sehr volatil. Es gibt Zeiten, in denen ein Überangebot an Stahl auf dem Markt ist. Dann könnte man den Schweizer Markt fluten. Es gibt aber auch Zeiten, in denen ein Unterangebot an Stahl auf dem Markt ist. Dann würden wir riskieren, dass die Versorgung mit Baustahl in der Schweiz allenfalls gravierend eingeschränkt wäre. Dann können wir hier im Rat über den Grimseltunnel, den Bahnhof Luzern, den Bahnhof Basel, die Solaranlagen in den Alpen Beschluss fassen – überall dort braucht es Baustahl, Bauprofile, Armierungsnetze usw. Wir könnten unsere Beschlüsse fassen, aber die Investitions- und Infrastrukturprojekte würden allenfalls ruhen. Stellen Sie sich einfach einmal sechs Monate ohne Stahllieferungen an die diversen Baustellen vor. Der ökonomische Kollateralschaden wäre immens.

Dass die Wettbewerbsverzerrungen aufgrund des Green Deal und der Energiepolitik der EU existenzbedrohend sind, das belegen ein Zitat von Swissmem-Präsident Martin Hirzel in der "NZZ" vom 4. Februar 2023 und ein paar Zahlen. Das Zitat: "Der Maschinenbau ist keine energieintensive Branche. Aufwendungen für Energie machen meist nur 1 bis 2 Prozent der Gesamtkosten aus. Dennoch gibt es im MEM-Sektor auch einige Grossverbraucher. Es sind Stahlwerke, Giessereien, Härtereien, rund ein Dutzend Betriebe. Sie sind gegenüber ausländischen Konkurrenten klar benachteiligt und existenziell gefährdet." Das sagt der Präsident von Swissmem. Der Direktor von Swissmem war ja seinerzeit als Generalsekretär die rechte Hand im Depar-



tement für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Das sind also auch keine Etatisten.

In einem ganz aktuellen Entwurf zu einem Positionspapier von Swissmem steht, dass die energieintensiven Betriebe in der Schweiz aufgrund der massiven Energiepreissubventionen der EU mit massiven, teils existenzbedrohenden Wettbewerbsnachteilen zu kämpfen hätten. Die energieintensiven Unternehmen bräuchten eine gezielte Unterstützung, sonst sei der Verlust von industrieller Substanz in grossem Ausmass zu befürchten. Das sagte der Leiter Wirtschaftspolitik von Swissmem am 13. März dieses Jahres, also sehr aktuell.

Was diese ganze Energiepreisgeschichte für Auswirkungen hat, zeigen die Zahlen: Die Stahl Gerlafingen AG setzt für die Produktion 370 Gigawattstunden elektrische Energie und 460 Gigawattstunden Erdgas ein. Ich habe mit den Preisen vom 12. Dezember 2022 gerechnet. Sie betrugen damals rund 360 Franken pro Megawattstunde Strom und 140 Franken pro Megawattstunde Gas. Damit kommt man auf Energiekosten von rund 200 Millionen Franken für dieses Stahlwerk, dies bei einem Umsatz von rund einer halben Milliarde Franken. Das sind 40 Prozent des Umsatzes. Wir haben vorhin gehört, dass beim Maschinenbau 1 bis 2 Prozent der Gesamtkosten auf die Energiekosten fallen; hier wären es 40 Prozent.

Die Energiekosten haben sich in den letzten zwei, drei Jahren also verdrei- oder vervierfacht, und ich sage einfach noch Folgendes zur Illustration: Wenn die Kosten für die Winterreserve, die das Parlament ja für dieses Jahr beschlossen hat, auf die Netzkosten überwält werden, macht allein das für das Stahlwerk Gerlafingen 5 Millionen Franken aus; da sieht man einfach ein bisschen die Dimensionen.

Was hat das benachbarte Ausland gemacht? In Frankreich stellt man für energieintensive Unternehmen Industriestrom zu Vorzugsbedingungen zur Verfügung. Rund 70 Prozent des Verbrauchs werden zu einem Preis von 45 Franken pro Megawattstunde zur Verfügung gestellt. In Italien wird die Strompreisdifferenz zur Zeit vor Corona teilweise reduziert, und die Stromkosten werden steuerlich privilegiert. In Deutschland sind Strompreis- und Erdgaspreisbremsen eingeführt worden. Wir behandeln anschliessend die Interpellation Stark, die auf diese Phänomene Bezug nimmt. In Deutschland führt diese Massnahme zu knapp 50 Prozent tieferen Herstellungskosten pro Tonne Fertigprodukt. Das ist die Situation im benachbarten Ausland.

Was macht die Schweiz? Der Bundesrat sagt gemäss seiner Stellungnahme zum vorliegenden Vorstoss, Energiepreissteigerungen könnten an die Kunden weitergegeben werden. Das mag eine Zeit lang so funktioniert haben; im Moment funktioniert das nicht mehr. Ich habe mir sagen lassen, dass bis vor etwa einem Jahr, also bevor diese staatlichen Massnahmen in der Nachbarschaft der Schweiz angeordnet worden sind, das Stahlwerk die Energiepreiserhöhungen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung weitergeben konnte. Mittlerweile ist das nicht mehr möglich, und zwar deshalb, weil die Preisdifferenz einfach zu gross ist.

Die ausländische Konkurrenz kann – das noch nicht wegen staatlicher Verzerrung, sondern einfach wegen der

AB 2023 S 261 / BO 2023 E 261

Betriebswirtschaft – ihre Produkte zu Grenzkosten anbieten und eben nicht zu Vollkosten. Das ist schon mal ein Wettbewerbsvorteil. Und dann wird das mit diesen staatlichen Massnahmen noch mehr verzerrt. Damit ist die Preisdifferenz zu gross, d. h., die Stahlproduzenten in der Schweiz sind eigentlich dem europäischen Markt ausgeliefert. Das führt dazu, dass Marktanteile verloren gehen, dass gewisse Kunden auf die ausländische Konkurrenz umschwenken.

Das ist hochproblematisch, weil in der Stahlindustrie die Produktionssteuerung relativ schwierig ist. Dort kann man nicht, wie in irgendeiner anderen Branche, sagen: Ja, wir machen am Freitagnachmittag zu, dann wird weniger Strom verbraucht. Wir können nicht sagen: Die Bundesverwaltung arbeitet am Freitag nicht mehr, da sparen wir Geld. Ein Stahlwerk muss auf Volllast laufen. Die 70-Tonnen-Pfanne, in der Schrott eingeschmolzen wird, kann man nicht nur zu 20 Prozent füllen. Und eine Stranggussanlage, wo Arbeitstemperaturen von ein paar hundert Grad herrschen, kann man nicht mit der Niedergarmethode betreiben. Ein Stahlwerk läuft also entweder volle Pule, oder man muss es abstellen. Das ist ein bisschen das Problem.

Wenn man plötzlich Marktanteile verliert, dann kann man gar nicht mehr kostendeckend produzieren. Man muss dann die hohen Fixkosten, die man hat, auf eine kleinere Produktionsmenge verteilen, und die ganze Preisdifferenz nimmt immer mehr zu. Das ist eine unheilvolle Preiserhöhungsspirale und eine Marktanteilsverlustspirale, die irgendeinmal zum Kollaps führt. Ich habe vorhin ausgeführt, welche Auswirkungen das ökonomisch und ökologisch haben könnte.

Weiter sagt der Bundesrat, die Transportkapazität würde fehlen, das könne also gar nicht mit ausländischer Produktion ersetzt werden. Kurzfristig mag das stimmen, aber Märkte haben die Eigenheit, dass sie sich anpassen. Wenn die Transportindustrie plötzlich merkt, dass sie da Hunderttausende von Tonnen hin- und herfahren kann, wird sie sich entsprechend anpassen, und in relativ kurzer Zeit könnte die Überflutung des Schweizer Marktes mit ausländischen Produkten eben auch logistisch bewerkstelligt werden.

Diesen Winter sind wir relativ glimpflich davongekommen. Aber was passiert, wenn im nächsten Winter die



Energiepreise aufgrund der geopolitischen Lage wieder explodieren sollten? Da kann man Hauruck- und solche Rettungsübungen über Nacht machen, wie wir sie letzte Nacht ja erlebt haben. Oder man könnte sich mit präventiven Massnahmen auf eine entsprechende Situation vorbereiten, nach dem Motto: "Gouverner, c'est prévoir." Die Ironie der Geschichte ist, dass der Vorstoss auf heute verschoben werden musste. Die Adresse von Stahl Gerlafingen ist Bahnhofstrasse, also Bahnhofstrasse Gerlafingen. Wir haben letzte Nacht Hilfeschreie von einer anderen Bahnhofstrasse gehört. Unter uns gesagt: Ich würde es nicht verstehen, wenn wir den Hilferuf der Bahnhofstrasse Gerlafingen heute anders behandeln würden als den Hilferuf der Bahnhofstrasse Zürich.

Ein weiteres Rezept, das der Bundesrat anführt, ist die Kurzarbeitsentschädigung. Einverstanden, bei kurzfristigen konjunkturellen Ausschlägen mag Kurzarbeit ein probates Mittel sein. Da müsste man das Stahlwerk halt sogar für ein paar Wochen abstellen. Bei den ganzen Kosten für das Hochfahren, es muss auf über 1000 Grad erhitzt werden, kann man das Werk nicht einfach am Freitagnachmittag abstellen, sondern man müsste es über längere Zeit abstellen. Das ist ein mögliches Mittel bei kurzfristigen Marktturbulenzen. Aber das systemische Problem der Wettbewerbsverzerrung kann damit nicht gelöst werden.

Am Schluss sagt der Bundesrat, wieso er den Vorstoss zur Ablehnung empfiehlt. Er sagt, wir wollen keine industriepolitischen Massnahmen. Das ist der Glaubensgrundsatz in den Ratsstuben zu Bern. Das wissen wir, und das muss man auch akzeptieren. Aber der Bundesrat erkennt, dass es hier nicht um plumpe Industriepolitik geht. Es geht wirklich um das nackte Überleben einer systemrelevanten Schlüsselindustrie in unserem Land. Keine entwickelte Volkswirtschaft sollte eine solch wichtige Schlüsselindustrie einfach den staatlich verursachten Wettbewerbsverzerrungen des Auslands aussetzen. Sie sollte sie auch nicht ordnungspolitischen Dogmen opfern. Es geht also nicht um banale Industriepolitik, sondern – ja, es mag ein bisschen dramatisch tönen, aber es ist dramatisch – es geht um ökonomische und ökologische Landesverteidigung. Wettbewerbspolitisch kann man diese Situation mit einer Notwehrsituation erklären, in der man auch über diesen ideologischen Schützengraben springen sollte.

Ich bitte Sie deshalb, der Motion zuzustimmen, damit der Bundesrat gemeinsam mit der Branche und allenfalls auch mit den Kantonen nach kreativen und wirksamen Massnahmen zur Erhaltung des industriellen Rückgrats unseres Landes suchen kann. Ich weiss, dass Bundesrat und Verwaltung nicht untätig sind. Wenn wir diese Motion jetzt annehmen, ist das eigentlich Rückenwind für die Aktivitäten des Bundesrates und der Verwaltung. Sie wissen dann: Das Parlament unterstützt sie dabei, wenn sie dieses Rückgrat unserer Volkswirtschaft stützen.

Ich bitte Sie deshalb, der Motion zuzustimmen.

Stark Jakob (V, TG): Das Thema, das Kollege Zanetti hier aufbringt, ist zweifellos aktuell und wichtig. Ich habe mir erlaubt, dieses Thema in der Interpellation 22.4371, "Massnahmen für stromintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb prüfen", auch zur Diskussion zu stellen. Das ist genau der Bereich, den Herr Zanetti hier antönt. Die Interpellationsantwort ist heute traktandiert, ich verzichte aber auf die Diskussion, weil ja hier schon viel gesagt worden ist und wir vielleicht auch wieder etwas Zeit aufholen können.

Wenn Sie die Interpellationsantwort studieren, sehen Sie, dass der Bundesrat ausführt, dass die Herausforderung differenziert zu betrachten ist. Es gibt verschiedene energieintensive Branchen. Auch innerhalb dieser Branchen ist es sehr unterschiedlich. Es schien mir deshalb sinnvoll, dieses Thema zuerst einmal in einer Kommission zu vertiefen. Herr Zanetti hat darauf hingewiesen, dass es auch einen gewissen Zeitfaktor gibt. Es ist auch richtig, dass wir jetzt einen gewissen Druck auf den Bundesrat ausüben; deshalb habe ich meinen Ordnungsantrag auch wieder zurückgezogen.

Ich möchte hier noch zwei Anliegen anmelden. Das erste Anliegen, auch Herr Zanetti hat es betont, ist dieses: Es ist wichtig, dass wir uns in diesem Thema nicht nur auf die Metallindustrie konzentrieren, sondern alle energieintensiven Branchen im internationalen Wettbewerb betrachten – das können auch Backstein- und Ziegelproduzenten sein, das können Beton- und Zementwerke sein, das kann die ganze Galvanikbranche sein usw. Das zweite Anliegen ist schon auch wichtig, und der Bundesrat hat hier in seiner Antwort den richtigen Ton gefunden: Es muss darum gehen, sich temporäre Staatshilfen anzudenken, damit diese Strukturen nicht bedroht sind. Es darf nicht sein, dass dann für immer eine dirigistische Industriepolitik eingeführt wird. Hier haben wir schon noch den Vorrang der Rahmenbedingungen, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Ich möchte indes nicht verhehlen, dass wir vielleicht irgendwann auch eine Grundsatzdebatte über den Industriestandort Schweiz führen müssen. Was ist denn systemrelevant? Welche Märkte wollen wir selber beschicken? Welche Massnahmen sind hier wichtig? Ich denke, wenn die EU hier ihre Politik nicht ändert und ihre Beihilfenpolitik weiterhin so gestaltet, wird die Diskussion in der Schweiz unausweichlich sein, wie wir unsere Industrielandschaft in Zukunft gestalten wollen oder, anders gesagt, ob wir in gewissen Branchen überhaupt



noch eine Industrie haben wollen. Hier werden Grundsatzdiskussionen zu führen sein. Ich gestehe Ihnen, dass ich sehr grosse Sympathien dafür habe, dass dieses Land auch ein Industriestandort bleibt. Ich bitte Sie deshalb, die Motion anzunehmen.

Noser Ruedi (RL, ZH): Ich mache es kurz. Zuerst möchte ich Kollege Zanetti zu seinen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen gratulieren. Er weiss, was Arbeiten ist, und kennt das Werk Gerlafingen sehr gut. Ich kann mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Es wäre gut, wenn die Kollegen im Zürcher Gemeinderat auch solche Kenntnisse hätten.

Zur Energie: Das Gute an der Motion ist ja, dass Herr Zanetti beantragt, dass Energie für energieintensive Betriebe vergünstigt werden soll. Das heisst, Herr Kollege Zanetti, dass

AB 2023 S 262 / BO 2023 E 262

die Energie da sein muss. Wir müssen sie also produzieren. Darum finde ich, der Bundesrat müsste eigentlich die Motion annehmen und selbst dafür sorgen, dass sie überflüssig wird. Wir haben es in der Hand, dass wir genügend Energie haben. Wir müssen nur die richtigen Entscheide treffen, und vielleicht müsste der eine oder andere auf das Referendum verzichten.

Eine weitere Bemerkung ist, glaube ich, hier ganz wichtig: Ich verstehe unterdessen nicht mehr, warum unser Land irgendein Problem mit den Beihilfen hat. Ich stelle fest, dass in der EU alles jederzeit von jedermann unterstützt werden kann. Ich finde das nicht gut, aber die Schweiz kann bei einem EU-Abkommen mit der Beihilfe kein Problem haben. Hier gibt es einen absoluten Wildwuchs innerhalb der EU. Vielleicht wäre es einmal nötig, dass man dem einen oder anderen Gegensteuer gibt und auf den Tisch klopft.

Als letzter Punkt: Auch ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir 20 Prozent Industrie in unserem Land brauchen. Das ist so der langjährige Schnitt, bei dem wir liegen, also bei diesen 20 Prozent. Wir können es uns nicht leisten, diesen Wert von 20 Prozent zu senken, und zwar aus vielen Gründen. Es sind nicht nur Versorgungssicherheitsgründe, sondern viele, viele Gründe, auch arbeits- und motivations- und sozialpolitische Gründe. Es ist gut, wenn wir diese 20 Prozent halten können.

In dem Sinne bitte ich Sie, diese Motion anzunehmen, mit dem, was Herr Stark gesagt hat. Ich unterstütze das sowieso und wiederhole es nicht. Ich bitte Herrn Parmelin, zusammen mit seinem Kollegen Röstli dafür zu schauen, dass die Motion überflüssig ist.

Bischof Pirmin (M-E, SO): Ich habe die Motion auch mitunterzeichnet, nicht nur, weil ich aus dem gleichen Kanton wie der Motionär stamme und in der Nähe des Stahlwerks Gerlafingen lebe. Die Schweiz ist jahrzehntelang, da hat der Bundesrat recht, gut damit gefahren, dass wir eine grundliberale Industriepolitik und eine grundliberale Wirtschaftspolitik haben. Wir bauen auf den freien Handel zwischen freien Akteuren auf dieser Welt. In dieser Welt ist es richtig, dass man keine Industriepolitik betreibt.

Nur hat sich die Welt schon ein Stück weit verändert, nicht nur mit dem Kriegsbeginn am 24. Februar des letzten Jahres. Wir mussten in den letzten Monaten feststellen, dass ein Wort, das wir fast nicht mehr kannten, eine ganz existenzielle Bedeutung hat, nämlich das Wort "Versorgungssicherheit". Plötzlich kommt die Frage auf, wie wir uns in einer Krise in bestimmten Bereichen versorgen können. Auch hierin hat die Schweiz an sich eine Tradition. Wir betreiben in diesem Lande völlig zu Recht eine absolut unliberale Agrarpolitik – erfolgreich! Denn wir sagen, dass wir darauf angewiesen sind, dass in diesem Land Nahrungsmittel für die Bevölkerung in diesem Land produziert werden. Das kostet uns Steuerzahler etwas, und zwar sehr viel.

Wir haben auch im Bereich der Finanzindustrie spätestens nach der Finanzkrise 2008 entschieden, dass wir definieren, was systemrelevante Unternehmen sind. Wenn systemrelevante Unternehmen vorhanden sind, dann ergreift der Staat Massnahmen. Das haben wir möglicherweise gerade diese Nacht wieder erlebt. Die Lagebeurteilung ist aber im Moment noch etwas schwierig.

Wir haben einen freien Pharmamarkt in diesem Land und haben jetzt plötzlich festgestellt, dass die Versorgung mit Medikamenten, mit Antibiotika nicht mehr sichergestellt ist.

Es stellt sich die Frage: Was machen wir jetzt? Der Bundesrat sagt einfach: Wir machen nichts, weil das Industriepolitik ist. Ich bin der Auffassung, dass der Bundesrat dieses Grunddogma anhand der neuen Lage, die wir auf der Welt haben, überprüfen müsste, und zwar nicht, indem man den Freihandel über Bord wirft – das würde ich überhaupt nicht vertreten, unser Land lebt als kleine, rohstoffarme Nation gut vom und mit dem Freihandel –, sondern in dem Sinn, dass ich vom Bundesrat erwarte, dass er den Begriff der Systemstabilität etwas ausdehnt und überlegt: Was ist denn für unser Land existenziell? Welche Bereiche brauchen wir und welche brauchen wir vielleicht nicht? Welche sind "nice to have"? Diese soll man auch dem freien Wettbewerb überlassen. Wenn wir aber Bereiche definieren, die systemrelevant sein könnten – und da zähle ich die Stahl-



industrie eindeutig dazu; die Gründe sind vorhin genannt worden –, und wenn sie systemrelevant sind, dann müssen wir uns überlegen, was wir in dieser Situation machen. Einfach nur der Rückzug auf die doch relativ dogmatische Position "Wir machen keine Industriepolitik" nach dem Bild einer tibetanischen Gebetsmühle reicht in dieser Welt nicht mehr.

Ich erwarte, dass der Bundesrat zumindest die gleichen Überlegungen anstellt, wie sie die Länder um uns herum und neuerdings auch die Vereinigten Staaten mit ihren Gesetzgebungen, die wir in diesen Monaten erleben, anstellen. Wir können entscheiden, dass wir ein Stück Schweizer Wirtschaft aufgeben und Wettbewerbsnachteile nicht ausgleichen. Wir können aber auch entscheiden, dass wir Teile dieser Wirtschaft und namentlich der Industrie erhalten wollen, wenn andere Länder sich nicht mehr an den Freihandel halten. In diesem Sinn ist das eine Erwartung an den Bundesrat.

Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est conscient du contexte économique difficile dans lequel évoluent les entreprises à forte consommation d'énergie. Il partage également l'avis selon lequel les subventions accordées dans les pays voisins sont gênantes. Il estime toutefois que la Suisse, en guise de réponse, ne devrait pas se lancer elle aussi dans cette course aux subventions.

Plusieurs raisons militent en faveur de cette position. Outre l'industrie de l'acier et de l'aluminium, d'autres branches sont touchées par la hausse des prix de l'énergie, par exemple la production de papier, les services comme les remontées mécaniques, etc. Les mesures prises en faveur de certaines branches entraîneraient donc une inégalité de traitement au sein de notre pays. Cela soulève des questions difficiles de délimitation, et inciterait d'autres secteurs à demander également un soutien de l'Etat. En outre, la compétitivité des industries à forte consommation d'énergie dépend de plusieurs facteurs. Ainsi, les entreprises couvrent différemment leurs risques liés aux prix de l'énergie et peuvent différemment répercuter les hausses des prix de l'énergie sur leurs clients. La gestion des hausses des prix de l'énergie fait aussi, en principe, partie des tâches essentielles de chaque entreprise. Un soutien de l'Etat irait à l'encontre d'un approvisionnement énergétique prévoyant et aurait donc un effet négatif sur une conduite prévoyante des entreprises.

Par ailleurs, l'industrie suisse devrait profiter du fait que l'intensité énergétique en Suisse est plus faible que dans les pays voisins. Selon les données de l'Agence internationale de l'énergie, la consommation d'énergie, mesurée à la valeur ajoutée brute dans la branche de la production de métaux, est plus de deux fois plus élevée en Allemagne et en France qu'en Suisse. Les prix élevés de l'énergie ont donc moins d'impact.

La situation conjoncturelle générale en Suisse est actuellement plutôt stable. L'inflation est plus faible que dans d'autres pays. La situation sur le marché du travail est favorable. Cela soutiendra également le secteur de la construction, qui est un important consommateur d'acier de construction.

Le montant des subventions à l'étranger est limité. Le droit européen en matière d'aides d'Etat impose depuis le 1er septembre 2022 que la réduction des prix de l'électricité et du gaz pour les gros consommateurs soit limitée à 70 pour cent de la consommation durant la même période de l'année 2021. Pour toute consommation supérieure à 70 pour cent, les entreprises doivent calculer avec les prix actuels du marché. Pour les entreprises étrangères, il est donc difficile d'étendre la production au détriment des entreprises suisses à des prix de dumping.

Le montant des subventions à l'étranger est également limité, car les prix sur le marché de l'électricité ont fortement baissé depuis le pic de fin août 2022. J'ai ici à votre disposition l'état actuel de la situation. Les prix sont même inférieurs aujourd'hui aux prix antérieurs au début de la guerre. C'est aussi un facteur avec lequel il faut compter. Etant donné que le montant des subventions à l'étranger se mesure, comme je l'ai dit, à la différence des prix par rapport à 2021, cela limite

AB 2023 S 263 / BO 2023 E 263

également les subventions que les Etats étrangers peuvent verser.

Il est important encore de noter que même les prix à terme pour l'hiver prochain sont de nouveau comparables aux prix de janvier 2022, c'est-à-dire d'avant le début de la guerre. Il devrait donc être possible de s'approvisionner aujourd'hui en électricité pour l'hiver 2023/24 à des prix comparables à ceux pratiqués avant le début de la guerre.

J'aimerais encore aborder la question de l'égalité des chances. Bien entendu, il est extrêmement dérangeant que les pays voisins subventionnent leurs entreprises. Mais il est illusoire que nous puissions toujours garantir l'égalité des chances dans tous les domaines, et cela n'a d'ailleurs jamais été le cas.

Prenons, par exemple, l'environnement fiscal. Une entreprise suisse paye en moyenne 7,5 points de pourcentage d'impôt sur les sociétés de moins qu'en Allemagne ou en France. Mais il ne serait pas souhaitable



d'augmenter les impôts et de verser en contrepartie des subventions aux entreprises. La place économique suisse a du succès parce que nous misons sur de bonnes conditions-cadres pour toutes les entreprises et que nous renonçons justement à attirer ou à retenir des entreprises par des subventions. Une économie basée sur des subventions ne peut à long terme pas être prospère. Les entreprises disparaîtraient à nouveau dès que le montant des subventions arriverait à échéance.

Alors, le Conseil fédéral ne reste pas les bras croisés, contrairement à ce que certains d'entre vous laissent entendre. Le Conseil fédéral va suivre cette évolution et cette orientation. Le 16 février 2022, il a présenté, dans sa vue d'ensemble, les projets les plus divers qui contribueront au renforcement de la place économique suisse. Il est aussi conscient du fait que la décarbonisation est un défi majeur pour l'industrie métallurgique, qui est une grande consommatrice d'énergie, et que celle-ci a déjà beaucoup investi dans cette décarbonisation. Le Conseil fédéral s'efforce de maintenir la compétitivité de l'industrie, malgré des mesures de politique climatique plus ou moins ambitieuses à l'étranger. Les grandes entreprises de l'industrie métallurgique sont aujourd'hui intégrées dans le système d'échange de quotas d'émissions, le fameux ETS, et les autres peuvent se libérer de la taxe sur le CO₂ si elles s'engagent à prendre des mesures d'efficacité avec une convention d'objectifs. En outre, les entreprises à forte consommation d'énergie peuvent également être exemptées du supplément réseau si elles s'engagent, en contrepartie, à respecter une convention d'objectifs.

De nombreux projets sont en cours pour renforcer ce que l'on appelle l'économie circulaire. Le nouveau droit des marchés publics permet en principe déjà de prendre en compte des critères de durabilité, cela concerne également l'approvisionnement en acier de construction. Dans le cadre du postulat Noser 18.3509, le Conseil fédéral a pris des mesures pour renforcer l'économie circulaire dans le domaine de la construction.

J'en arrive à la conclusion. Comme on peut le constater, le Conseil fédéral s'engage de diverses façons en faveur d'une amélioration des conditions-cadres. Il poursuit une politique économique qui renonce à des mesures de soutien structurelles aux entreprises individuelles. Il mise aussi sur la capacité d'innovation des entreprises. Si, Mesdames et Messieurs, les entreprises suisses sont deux à trois fois meilleures en matière d'intensité énergétique, c'est bien parce qu'elles ont anticipé, qu'elles se sont rendu compte de la tendance vers laquelle elles allaient, et qu'elles ont travaillé pour diminuer leurs coûts et se trouvent aujourd'hui en bien meilleure position que d'autres entreprises à l'étranger qui avaient des conditions-cadres beaucoup plus favorables et auxquelles on essaye d'apporter des subventions.

J'ouvre une parenthèse sur ces subventions. On a beaucoup parlé du "Green New Deal" de l'Union européenne, de différents points à côté. Il y a des aspects favorables, il y a des aspects moins favorables. Le principal instrument de financement, qui s'appelle "RepowerEU", ne compte, sur les 250 milliards d'euros de subventions ou de soutiens annoncés, que 20 milliards qui sont véritablement nouveaux. Le reste a été revêtu d'un autre costume, ce sont des programmes qui étaient déjà dans le pipeline et qui ont simplement été habillés de manière différente.

Donc, c'est en misant sur la capacité d'innovation des entreprises, sur la responsabilité individuelle que l'industrie arrivera à s'adapter aux changements du marché.

Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion. Je vous informe encore, si ce n'est pas connu du conseil, que les préoccupations de Metal Suisse, la faïtière des entreprises, ont été discutées le 28 octobre 2022 lors d'une rencontre avec la secrétaire d'Etat à l'économie. Une rencontre sur le sujet, entre M. Scheidegger, moi-même et les représentants de Metal Suisse a eu lieu le 27 janvier dernier. Nous avons fait un tour d'horizon des différents problèmes pour voir comment améliorer les choses. Ce que je tiens à relever, c'est qu'à l'époque en tout cas, Metal Suisse s'était abstenu de réclamer des subventions.

Pour toutes ces raisons, je vous propose de ne pas soutenir cette motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.4447/5721)

Für Annahme der Motion ... 35 Stimmen

Dagegen ... 5 Stimmen

(2 Enthaltungen)